

Ziel: Weiler bis 2030 schuldenfrei machen

Freie Wähler Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph kündigt seine erneute Kandidatur für die Wahlen 2020 an. Er beklagt die „Blockadehaltung der CSU“ und kritisiert auch den scheidenden Ortsheimatpfleger Gerd Zimmer

VON OLAF WINKLER

Weiler-Simmerberg Heftige Kritik an der CSU-Fraktion des Marktgemeinderats Weiler-Simmerberg hat Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph bei der Jahresversammlung der Freien Wähler (FW) geübt. Mit Blick auf ein neues Gewerbegebiet

Schulden der Gemeinde

- 31.12.2010 6,14 Millionen Euro (944 Euro pro Einwohner)
- 31.12.2011 5,83 Millionen Euro (908 Euro pro Einwohner)
- 31.12.2012 5,78 Millionen Euro (958 Euro pro Einwohner)
- 31.12.2013 5,6 Millionen Euro (916 Euro pro Einwohner)
- 31.12.2014 5,27 Millionen Euro (862 Euro pro Einwohner)
- 31.12.2015 4,92 Millionen Euro (802 Euro pro Einwohner)
- 31.12.2016 laut Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph voraussichtlich unter fünf Millionen Euro

und den Verkauf des Bahnhofes sprach er von einer „Blockadehaltung der CSU“, die „standortgefährdend“ sei. Auch mit dem scheidenden Ortsheimatpfleger Gerd Zimmer ging Rudolph hart ins Gericht: Er habe „gegen die Interessen der Gemeinde gearbeitet“, als er vor dem Verkauf des Eschenlohrhauses an private Investoren einen Antrag auf Denkmalschutz für das Gebäude gestellt habe. Dennoch hat der Bürgermeister große Pläne. Bis 2030 will er den Schuldenberg, der bis zum Jahresende auf unter 5 Millionen Euro schrumpfen soll, abgetragen haben. Er kündigte an, bei der nächsten Wahl wieder als Bürgermeister zu kandidieren.

FW-Ortsvorsitzender Dr. Bernd Ferber hatte zuvor in seinem Jahresbericht gefordert, das angedachte interkommunale Gewerbegebiet „Hammermühle“ zu verwirklichen: „Die im Markt tätigen Firmen brauchen Planungssicherheit.“ Dazu gehöre die Option, im Bedarfsfall kurzfristig erweitern zu können. Der Kauf des rund sieben Hektar

großen Grundstückes im Bereich „Hammermühle“ sei eine „weitsichtige Entscheidung“ von Bürgermeister und Gemeinderat gewesen. Der Standort verspreche eine Reduktion des innerörtlichen Verkehrs durch die nähere Anbindung an die Alpenstraße, sagte Ferber. Der Flächenverbrauch steige nicht, da im Gegenzug für Gewerbe vorgesehene Flächen in Bremenried und Oberreute aus den Flächennutzungsplänen genommen werden sollen.

Die Gemeinde stehe aktuell vor dem Verkauf ihrer letzten Gewerbefläche, mahnte Bürgermeister Rudolph. Er mache sich Sorgen, da sich abzeichne, dass junge Handwerker beim Wunsch nach Erweiterung die Gemeinde verlassen. Dies sei auch bei jenem Ingenieurbüro der Fall, das nach dem von ihm vorgeschlagenen Konzept für die Nutzung des Bahnhofes dort einziehen wollte. Hier habe die CSU für den Verkauf des Gebäudes an einen anderen Investor gestimmt. Ohne Arbeitsplätze sei der Standort Weiler-Simmerberg unattraktiv, was der ohnehin

ungünstigen demografischen Entwicklung Vorschub leiste. Ein Gewerbegebiet „Hammermühle“ sei zwar nicht kurzfristig zu verwirklichen, „aber wenn es gut geht innerhalb von fünf Jahren“.

Persönlich getroffen habe den Bürgermeister die Nachfrage, ob er Geld für die Vermittlung des Eschenlohrhauses an private Investoren erhalten habe. Dies sei im Interesse der Marktgemeinde während seiner Arbeitszeit erfolgt. Er habe verhindern wollen, dass das Gebäude an „Billig-Investoren“ gehe, die es zur Flüchtlingsunterbringung nutzen wollten.

Rudolph kündigte auch seinen weiteren Kurs an: „Bis 2030 soll der Markt schuldenfrei sein.“ Auf die Nachfrage von Hans-Walter Maulhardt, ob dies bedeute, dass Rudolph bei der nächsten Bürgermeisterwahl 2020 wieder antrete, erklärte dieser seine Bereitschaft dazu. Die anderen Parteien im Marktgemeinderat forderte Rudolph auf, „zum Wohle der Gemeinde zu arbeiten und nicht zum Wohle von

Personen oder Parteien“. Kassier Thomas Hele regte an, mit Blick auf den nächsten Bürgermeister-Wahlkampf Rückstellungen zu bilden, um eine erneute Kreditaufnahme zu vermeiden.

Stefan Trenkle wollte von Bürgermeister Rudolph wissen, wie es um das Feuerwehrhaus und das geplante Baugebiet in Ellhofen stehe. In beiden Fällen verwies Rudolph auf laufende Grundstücksverhandlungen. Stehe ein Kaufpreis für das angedachte Grundstück für das Feuerwehrhaus fest, könne ein konkreter Kostenvergleich zwischen Neubau und Sanierung des vorhandenen Gebäudes erfolgen.

Die schlechte Stimmung im Gemeinderat kritisierte Harald Bendick. Er habe gehofft, dass die angekündigten Gespräche zwischen den Ratsmitgliedern dazu führen, dass sich die Situation „menschlich beruhigt“ und es „wieder eine vernünftige Zusammenarbeit gibt“. Bei aller sachlichen Diskussion sollte „die Akzeptanz von Mensch zu Mensch gewahrt bleiben“, sagte Bendick.